

Ressort: Politik

BDI ruft Union und SPD zu Neustart in Verhandlungen auf

Berlin, 25.01.2018, 01:00 Uhr

GDN - Der Industrieverband BDI hat das Sondierungsergebnis für eine mögliche Große Koalition kritisiert und CDU, CSU und SPD eindringlich zu einem Neustart in den Verhandlungen aufgerufen. "Was auf dem Tisch liegt, ist noch keine tragfähige Geschäftsgrundlage für eine wirtschaftspolitisch erfolgreiche Legislaturperiode", sagte BDI-Präsident Dieter Kempf der Funke-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben).

"Die Parteien dürfen in den Koalitionsverhandlungen nicht einfach das Sondierungspaket neu etikettieren. Sie müssen jetzt das Paket aufschneiden und um ganz neue Inhalte und Impulse ergänzen." Die Verhandlungen zwischen Union und SPD dürften "nicht zur reinen Abwehrschlacht gegen Wunsch-dir-was-Ansprüche mutieren", so Kempf. "Die künftige Regierung muss mehr Wirtschaft wagen – in der Digitalisierung, beim internationalen Steuerwettbewerb und in der Energiewende." Kempf sprach von einem "äußerst mageren Sondierungsergebnis". So gebe es bei der Digitalisierung kein schlüssiges Gesamtkonzept. "Viele einzelne Maßnahmen dürften insgesamt mehr Belastungen als Entlastungen für die Industrie bedeuten", sagte er. Auf den meisten Feldern ließen die Vorschläge "Ambition und Gestaltungskraft" vermissen. Auf 16 Seiten hat der BDI eine Bewertung der Sondierungsergebnisse erstellt, über die die Funke-Zeitungen berichten. Besonders scharfe Kritik äußert der Industrieverband an der vorgesehenen Steuer- und Finanzpolitik. Der Verzicht auf Steuererhöhungen sei in Zeiten von hohen Überschüssen "eine Selbstverständlichkeit" und dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass "die vereinbarten Entlastungen minimal ausfallen", heißt es darin. Vom Sondierungsergebnis gingen keine Signale für eine strukturelle Steuerreform oder für eine Strategie im internationalen Steuerwettbewerb aus. "Steuerliche Standortpolitik bleibt weiterhin in erster Linie auf die Abwehr von Steuervermeidung beschränkt." Das Sondierungsergebnis enthalte auch keine Vision für ein digitales Deutschland. "Das für die Digitalisierung so entscheidende Thema IT-Sicherheit fehlt im Kapitel gänzlich", sagte Kempf. "Wichtig ist nun, dass die Parteien zügig eine ganzheitliche Digitalstrategie erarbeiten und konkrete Maßnahmen vorschlagen, wie sie ihre Ziele erreichen wollen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101126/bdi-ruft-union-und-spd-zu-neustart-in-verhandlungen-auf.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com